



Post vom Löwen

Die SPD-Gemeinderatsfraktion informiert

Unsere letzte Löwenpost hatte ein Thema: Die Sanierung des Hallenbades und des Sportzentrums. Die Leonberger Bürger haben entschieden. Es wird saniert. Drei neue wichtige kommunalpolitische Entscheidungen wurden inzwischen getroffen:

Energiepolitik

Am 22. Mai hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit - nur die GABL und SALZ war dagegen - die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft mit der EnBW für den Betrieb des Strom- und Gasnetzes beschlossen. Die Stadt hält 51 % der Anteile, die Gesellschaft ist damit kommunal dominiert. Damit wurde der Beschluss des Gemeinderats vom 19.4.2011 erfolgreich umgesetzt.

Die neu zu gründende Gesellschaft LEO Energie GmbH & Co. KG (kurz: LEO Energie) wird das Strom- und Gasnetz übernehmen und während einer zehnjährigen Anfangsphase an die EnBW für den operativen Betrieb zurückverpachten. Die LEO Energie kann auch in allen Sparten der Energieversorgung, wie z.B. der Energieerzeugung tätig werden. Das Strom- und Gasnetz wird zu einem sehr günstigen Preis (2,5 bzw. 2,4 Mio. €) von der EnBW erworben. Dafür wird ein aufgrund der derzeitigen Niedrigzinsphase sehr günstiger Kredit (Laufzeit 20 Jahre) aufgenommen. Durch die Rückverpachtung des Netzes an die EnBW erhält die Stadt einen jährlichen Pachtzins. Außerdem ist voraussichtlich bei den Stadtwerken, die die Beteiligung an der LEO Energie hält, ein steuerlicher Querverbund möglich, so dass Verluste aus dem ÖPNV gegen gerechnet werden können. Diese Lösung ist sehr attraktiv, da damit praktisch ohne zusätzlichen Aufwand für die Stadt eine Wertschöpfung - den Erwerb Gas- und Stromnetz - erfolgt.

Die SPD-Fraktion hat den von der Verwaltung und den hinzugezogenen Beratern und der EnBW erarbeiteten umfangreichen Verträgen einstimmig zugestimmt.

Folgende Argumente sprechen dafür:

- vor 20 Jahren hat SPD für eigene Stadtwerke geworben und ist knapp unterlegen. Die Situation hat sich heute grundlegend geändert.
- vor einem Jahr gab es den Grundsatzbeschluss des Gemeinderats - mit den Stimmen der SPD - mit der EnBW Gespräche zu führen mit dem Ziel ein kommunal dominiertes Gemeinschaftsunternehmen zu gründen.
- **Vielfältige Gründe sprechen heute dafür:**
 - das energiewirtschaftliche Umfeld hat sich seither grundlegend verändert. Während man früher an den örtlichen Grundversorger gebunden war, kann jeder heute seinen Stromanbieter selber aussuchen.
 - heute herrscht Wettbewerb, die Netze und das Netzentgelt sind durch die Kartellbehörde reguliert.
 - die Energiewende hin zu den Erneuerbaren Energie und das Ende der Kernenergie erfordert auch den Ausbau der Netze.
 - die EnBW ist heute in kommunaler und in Landeshand (je 46,5 % Anteil).

- in die strategische Ausrichtung der EnBW wurden die Erneuerbaren Energien aufgenommen.
- Vertreter der Landesregierung unterstützen die Bildung von Gemeinschaftsunternehmen mit der EnBW
- **das für Leonberg vorgesehene Pachtmodell hat viele Vorteile**, wie zum Beispiel schlanke Strukturen, kein eigenes Personal.
- das regulatorische Risiko und die betrieblichen Risiken bleiben bei EnBW.
- Wir haben feste jährliche Einnahmen und eine Wertschöpfung.
- Sowie die Option, das gesamte Netz in 10 Jahren zu übernehmen.
- der **Vergleich zu den neu gegründeten Stadtwerken Ditzingen** zeigt, dass dort wesentlich höhere Kosten anfallen - sowohl für die Netzübernahme als auch die Entflechtungskosten und das eigene für den Betrieb der Netze notwendige Personal.
- In Leonberg erhalten wir eine vorzeitige Netzübernahme, in Ditzingen ist die Konzession für das Gasnetz bereits 2008 ausgelaufen, die Übernahme wird frühestens nächstes Jahr erfolgen. Die Situation beim Stromnetz in Ditzingen ist noch völlig unklar.
- Die Mitarbeiter und Betriebsstelle der EnBW sind in Leonberg vor Ort und können bei Störungen schnell eingreifen. In Ditzingen muss Personal erst geschult und eingestellt werden.
- Für den aufgrund des Ausbaus der Erneuerbaren Energien notwendigen Umbau und Erweiterung der Netze (Stichwort: intelligente Netze) haben wir mit der EnBW einen erfahrenen Netzbetreiber.
- **Fazit:** Mit diesem Modell bekommt die Stadt Leonberg kostengünstig das Strom- und Gasnetz und hat einen kommunalen Einfluss auf die neue Energie-Gesellschaft. Der Ausbau Erneuerbarer Energien (Sonne, Wind, Biomasse) in Leonberg ist damit auch möglich. Die SPD-Fraktion wird sich intensiv dafür einsetzen, dass wir die erneuerbaren Energien in Leonberg weiter voran bringen. **Wir gestalten die Energiewende mit!**

Dr. Rüdiger Beising

Neues Gewerbegebiet

Neues Gewerbegebiet – ja ! Aber nicht um jeden Preis.

Der Tenor von Wirtschaftsförderung und „interessierten Kreisen“ ist seit Jahren derselbe: Zur Verbesserung der Leonberger Finanzsituation wird ein weiteres Gewerbegebiet benötigt. Richtig ist, dass Leonberg über vergleichsweise wenige freie Gewerbeflächen verfügt und die Gewerbesteuer gemeinsam mit dem (kommunalen) Anteil an der Einkommensteuer die wichtigste Einnahmequelle der Stadt ist. Wichtig ist aber auch, dass mehr Gewerbefläche nicht gleichbedeutend ist mit mehr Einnahmen (dazu gibt's auch im Kreis BB gute Beispiele) und dass die Neuentwicklung von Gewerbeflächen zunächst mal viel Geld kostet.

Kürzlich konnten wir der LKZ entnehmen, dass 3 Firmen im „Hertich“ bzw. „Am Autobahndreieck“ investieren. Es geht scheinbar doch. Auch 2 unserer Vorzeigeunternehmen - GEZE und Granzow - haben wie durch ein Wunder Erweiterungsmöglichkeiten in Leonberg gefunden.

Aber warum geht's einfach nicht weiter mit der Entwicklung von Gewerbeflächen, zumal sich der Leonberger Gemeinderat bei der Flächennutzungsplanung vor einigen Jahren klar auf das Gebiet „Schertlenswald“ (nahe Rutesheim auf Gebersheimer Markung) festgelegt hat? Ein Gebiet, das sich nahtlos an das bestehende Rutesheimer Gewerbegebiet anschließen würde. Dieser Gemeinderatsbeschluss, zu dem die SPD nach wie vor vorbehaltlos steht, wurde von Stadtratkollegen in den Sitzungen schlechtgeredet. Von Grundstückseigentümern hören wir, die Stadtverwaltung hätte überhaupt nicht mit ihnen verhandelt. Ob von der Leonberger Verwaltung aus mit der Rutesheimer Seite geredet wurde, bezweifeln wir angesichts der Sachlage dann auch ...Die Chance hier interkommunale Zusammenarbeit zu praktizieren, wurde mal wieder leichtfertig vergeben. Es regiert das Kirchturmdenken.

Stattdessen hat die Verwaltung eine Zielmatrix zur Beurteilung von Gewerbegebietsflächen erstellt („traue keiner Statistik, die du nicht selbst ...hast“). Und siehe da, idealer Standort sei das Landschaftsschutzgebiet Längenbühl (deckt sich zufällig mit der Meinung der „Anti-Schertlenswald-Fraktion“). Unzweifelhaft ist die verkehrliche Anbindung an den BAB-Anschluss Leo-West erstklassig. Aber ansonsten überwiegen die Nachteile:

Isoliertes Gebiet in Solitärlage ohne Anbindung an irgendwelche vorhandenen Gewerbegebiete, so gut wie keine städtischen Flächen. Alles muss zuerst angekauft werden, wodurch sich spätere Grundstückspreise erhöhen und womöglich über denen der anderen Städte an der BAB liegen. Es können gerade einmal 6,5 ha entwickelt werden, vorsorglich weist der Leonberger Wirtschaftsförderer bereits jetzt darauf hin, dass dieses Gebiet von vorne herein zu klein ist... Und damit nicht genug: ein paar hundert Meter entfernt entsteht das größte Leonberger Wohnbaugelände „Ezach 3“.

Wir halten es geradezu für einen Schildbürgerstreich, vor ein neues Wohnareal ein Gewerbegebiet zu setzen. Wohn- und Lebensqualität sollten schon auch noch Berücksichtigung finden. Was uns besonders überrascht, ist, dass eine Gemeinderatsfraktion auch den Weg frei machen will für die Gewerbebebauung dieses Landschaftsschutzgebietes, die sich mal insbesondere den Naturschutz auf die Fahnen geschrieben hatte.

Nur zögernd und zaudernd ist die Verwaltung bereit, sich mit dem Vorschlag der SPD-Fraktion überhaupt auseinanderzusetzen: Erweiterung des bestehenden Gebietes „Pfad 2“ in Höfingen (nach Norden, Gebiete „Hafenscherben“, Fuchsrain“). Es ist schnell von der BAB-Ausfahrt Ditzingen zu erreichen, einfach zu erschließen, es ist kein weiterer Einzelstandort, es liegt in keinem Landschaftsschutzgebiet, erhebliche Teile sind heute bereits in städtischem Eigentum, was eine schnelle Realisierbarkeit und größere Flexibilität in der späteren Preisgestaltung ermöglicht. Und die potenzielle Entwicklungsfläche ist größer als am Längenbühl.

Ottmar Pfitzenmaier

Neubau Jugendhaus

Erneut wurde im Verwaltungsausschuss am 16.05. und im Gemeinderat am 22.05.12 kontrovers darüber diskutiert, ob es richtig ist, dass der Jugendhausverein (JHV) anstelle der Stadt Leonberg ein neues Jugendhaus baut. Interessanterweise war in beiden Gremien weniger darüber diskutiert worden, ob das derzeit sehr vage Finanzierungskonzept des JHV realistisch ist, sondern ausführlich darüber, was passiert, wenn der JHV mit der Realisierung des Projektes „Schiffbruch erleidet“.

Es stellt sich heraus, dass die Vorstandschaft des JHV zunehmend „kalte Füße“ bekommt und sich bewusst wird, dass mit dem Bau eines Millionenprojektes auch Risiken verbunden sind. Diese sollen nun auf die Stadt bzw. die Allgemeinheit abgedrückt werden. So der mit äußerst knapper Mehrheit (15:14) gefasste Beschluss zum Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages.

Ottmar Pfitzenmaier machte in seinen Stellungnahmen kein Hehl daraus, dass die SPD-Fraktion großes Verständnis für den JHV-Vorstand aufbringt, der sich plötzlich mit den Risiken der Investition konfrontiert sieht und diese wohl bisher nicht in diesem Ausmaß erwartet hat. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, dass die SPD-Fraktion von Beginn an die Meinung vertreten hat, die Stadt selbst solle das neue Jugendhaus bauen.

Im Übrigen entpuppt es sich längst als ein Märchen, die Stadt würde über 1 Mio. € einsparen, wenn der JHV baut: Wir befürchten vielmehr, dass die Stadt bis zur Fertigstellung Zuschüsse von über 500 000 € (kreditfinanziert!) erbringen muss:

Zuschuss aus Verkauf Grundstück „Beatbaracke“	240 000 € (beschlossen)
Weiterer Zuschuss	55 000 € (beschlossen)
Erschließung	ca. 70 000 € (beschlossen)
Außenanlagen	ca. 35 000 €
Inneneinrichtung	ca. 60 000 €
Nebenkosten	ca. 100 000 €

Dazu kommt die Einbringung des Baugrundstücks in Erbpacht (Größe ist noch unbekannt!) im Wert von mind. 300 - 350 000 € und – falls der Zuschuss von „Platz an der Sonne“ ausbleibt - vermutlich die Gestellung einer Kommunalbürgschaft für ein Darlehen, das der JHV dann aufnehmen muss mit mind. 180 000 €. Im „worst-case-Szenario“ wäre die Stadt Leonberg mit über 1 Mio. € bei einem Jugendhausneubau im Boot, obwohl ihr dieses Jugendhaus dann nicht einmal gehört.

Der Gemeinderat hat hier mehrheitlich in bisher nie dagewesener Großzügigkeit (und ohne das Finanzierungskonzept überhaupt einer ernsthaften Prüfung zu unterziehen) Wohltaten verteilt (Ausgestaltung des Erbbaurechtsvertrages, Finanzierung von Erschließungskosten). Darüber können sich die anderen ehrenamtlich geführten Vereine in Leonberg und die weiteren Träger der Offenen Jugendarbeit nur wundern.

Auch mit der Wahl des Standortes am Leo Bad ist die SPD-Fraktion nicht glücklich. Wir hätten uns einen zentraleren Standort (beispielsweise in Nähe des Stadtparks) gewünscht. Die Stadtverwaltung wollte aber keinen anderen geeigneteren finden... Für die Tennisabteilung des TSV Eltingen fällt nun jedenfalls die Option weg, ihre Anlagen künftig im Bedarfsfalle zu erweitern.

Ottmar Pfitzenmaier

Juli 2012

